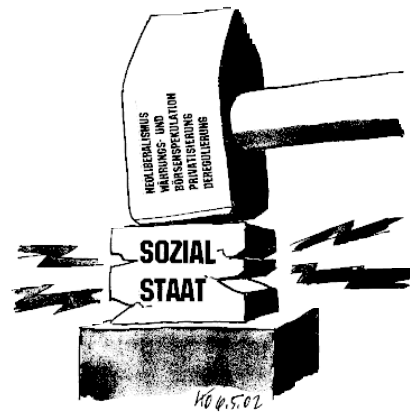


# TAUWETTER

*... eine franziskanische Zeitschrift*



## SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND

## **IMPRESSUM**

### **Redaktion Tauwetter**

Peter Amendt ofm, Stefan Federbusch ofm, Markus Fuhrmann ofm,  
Jürgen Neitzert ofm, Markus Offner, Alexa Weissmüller of,  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Jürgen Neitzert ofm, Köln

### **Sie erreichen uns**

Redaktion Tauwetter  
Immermannstr. 20  
Postfach 24 01 39  
40090 Düsseldorf  
Redtauwetter@aol.com  
www.tauwetter-online.de

### **Dankeschön**

**Tauwetter** finanziert sich ausschließlich aus Spenden.  
Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich bei allen bedanken,  
die mit ihrem Beitrag diese franziskanische Zeitschrift mit  
dem Schwerpunkt „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der  
Schöpfung“ unterstützen.

### **Redaktion Tauwetter**

Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10) Konto 10 130 896

# Inhalt

EDITORIAL	4
SOZIALSTAAT DEUTSCHLAND <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	11
DER NEOLIBERALE RAUSCH <i>DR. NORBERT BLÜM</i>	16
FRAUENLEBEN – FRAUENARBEIT IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG <i>SIGRID HÄFNER</i>	20
LEBEN IN DEN ZEITEN VON HARTZ <i>DR. THOMAS MÜNCH</i>	22
ERSTE ERFAHRUNGEN VON BETROFFENEN UND SOZIALBERATERINNEN MIT HARTZ IV <i>ROSI HERTING</i>	26
SOZIALSTAAT – QUO VADIS? EIN KOMMENTAR <i>BR. STEFAN FEDERBUSCH OFM</i>	35

# Editorial

Deutschland hat gewählt – der überraschend uneindeutige Ausgang der Wahl spiegelt die gegenwärtige Skepsis und Ratlosigkeit der Bürgerinnen und Bürger wider. Die hohe Zahl der Arbeitslosen und das gigantische Ausmaß der öffentlichen und privaten Verschuldung zwingen zu Reformen. Keine Frage. Doch die Wählerinnen und Wähler sind offenbar nicht davon überzeugt, dass die jeweiligen Konzepte der großen Volksparteien die Probleme wirklich lösen werden. Und tatsächlich fragen sich immer mehr Menschen, ob unser wirtschafts- und sozialpolitisches Modell überhaupt noch zu reformieren ist. Auch sieben Jahre rot-grüne Regierungskoalition haben nichts an der fatalen Entwicklung geändert, dass wenige Reiche immer reicher und Arme immer ärmer und zahlreicher werden. Die gesellschaftliche Schere driftet weiter auseinander. Allen ursprünglichen programmatischen Beteuerungen zum Trotz.

In der vorliegenden Doppelausgabe von Tauwetter beleuchten fünf Autorinnen und Autoren den derzeitigen Zustand des „Sozialstaats“ Deutschland. Der Franziskaner Stefan Federbusch fokussiert in seinem Überblicksartikel die derzeitigen gesellschaftspolitischen Probleme und Herausforderungen. Es folgt ein Beitrag des früheren CDU-Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm, in welchem er einen „neoliberalen Rausch“ in der aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Debatte konstatiert. Die Diplom-Sozialwirtin Sigrid Häfner analysiert auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der Organisations- und Gender-Bera-

tung den gesellschaftlichen Struktur- und Wertewandel und plädiert für eine Förderung der sozialen und kommunikativen Kompetenzen in der politischen und wirtschaftlichen Kultur. Der Erziehungswissenschaftler Dr. Thomas Münch, langjähriger Sozialarbeiter in Köln, jetzt Hochschullehrer in Düsseldorf, beschreibt in seinem Beitrag die sozialpolitischen Auswirkungen der jüngsten Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“). Konkretisiert werden diese Ausführungen durch einen Erfahrungsbericht aus dem Beratungsalltag der Kölner Sozialarbeiterin Rosi Hering. Ein Kommentar von Stefan Federbusch unter dem Titel „Sozialstaat - quo vadis?“ schließt das Heft ab.

Angesichts der bestehenden sozialpolitischen Herausforderungen zeichnet sich schon jetzt ab, dass die Frage des Sozialstaats zur Nagelprobe der Großen Koalition werden wird.

Friede und alles Gute wünscht Ihnen

Ihre Tauwetter-Redaktion

# Deutschland – ein Sozial-Fall

## ZUR SOZIALEN LAGE IN DEUTSCHLAND

*Br. Stefan Federbusch ofm*

Der Normalbürger kann sich über manche Nachrichten aus Deutschland in ihrer (scheinbaren) Widersprüchlichkeit nur wundern: Das Privatvermögen aller Deutschen wächst immer weiter, während Verschuldung und Armut ebenfalls zunehmen. Die Aktiengesellschaften erwirtschaften Milliardengewinne und bauen Tausende von Arbeitsplätzen ab. Eine Reform jagt die nächste, doch lassen sich bisher nur in Ansätzen Erfolge erkennen. In Sachen Wirtschaftswachstum dümpelt Deutschland weiter auf dem letzten Platz in Europa. Patentrezepte sind nicht in Sicht.

### **Staatsverschuldung**

Sie tickt und tickt und rotiert immer schneller: die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler. Die Staatsverschuldung wird Ende 2005 einen Stand von annähernd 1,5 Billionen Euro erreicht haben. Jede Sekunde kommen rund 1.700 Euro hinzu. Welche Lasten durch die Staatsverschuldung auf den Schultern künftiger Generationen ruhen, zeigt folgende Rechnung: Würden die öffentlichen Haushalte ab Ende 2005 keine neuen Schulden mehr aufnehmen und dazu verpflichtet, jeden Monat eine Milliarde Euro Schulden zu tilgen, würde es gut 122 Jahre dauern, bis der Staat schuldenfrei ist.

## **Unternehmensgewinne**

Die 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) notierten Aktiengesellschaften haben für das Gesamtjahr 2004 14,7 Milliarden Euro an Dividenden ausgeschüttet - gut 40 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Dies ist die höchste Ausschüttung der vergangenen Jahre - nur im Jahre 2000 lag sie mit 15,8 Milliarden Euro höher. Insgesamt konnten die DAX-Unternehmen ihren Gewinn von 2003 auf 2004 auf insgesamt 35,7 Milliarden Euro verdoppeln. Gleichzeitig haben sie in Deutschland 35 000 Arbeitsplätze abgebaut, im Ausland dagegen 9600 Arbeitsplätze geschaffen.

## **Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe**

9,4 % betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2004. Im Juli 2005 zählte die Statistik 4,77 Mio. Menschen ohne bezahlte Arbeit, davon 1,8 Mio. langzeitarbeitslos. Jeder Zehnte, im Osten Deutschlands zum Teil sogar jeder Fünfte, hatte keine bezahlte Arbeit.

Zum 1. Januar 2005 trat die größte soziale Leistungskürzung in der Geschichte der Bundesrepublik in Kraft. Über drei Millionen Bezieher von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe müssen nun ihren Lebensunterhalt mit einer Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II, dem so genannten Arbeitslosengeld II (ALG II) bestreiten. Dies bedeutet einen Systemwechsel, denn das Arbeitslosengeld II stellt keine lohnabgeleitete Leistung mehr dar, sondern geht weitgehend von den Grundvorgaben der bisherigen Sozialhilfe aus. Das Arbeitslosengeld ist zu einer „Fürsorgeleistung“ geworden. Trotz dieser Reformen ist am Arbeitsmarkt keine Trendwende in Sicht. Im Gegenteil. Seit der Hartz-IV-Reform hat die Arbeitslosenzahl die 5-Mio-Marke überschritten. „5 Millionen Deutsche wünschen sich weniger Freizeit“ hat die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ auf ein Großplakat in Berlin geschrieben, das Ende Juli 2005 in rund 500 m Entfernung zum Kanzler-

amt hing [Träger der Initiative ist der Arbeitgeberverband Gesamtmetall der deutschen Metall- und Elektroindustrie. Aufgrund ihrer markt(neo)liberalen Positionen kritisch zu hinterfragen].

Auch die 1-Euro-Jobs haben nicht zu mehr Beschäftigung geführt. Theoretisch dürfen sie nur zusätzlich angeboten werden und keine Arbeitsverhältnisse verdrängen. Die Gefahr des Lohndumpings ist jedoch groß. Viele der 1-Euro-Jobber wurden nach ihrer befristeten Zeit nicht mehr weiter beschäftigt, da den Kommunen und Institutionen schlicht das Geld fehlt. Der angestrebte Wiedereinstieg ins Berufsleben und die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt überwiegend Utopie.

Auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt permanent. In Niedersachsen beispielsweise sind mittlerweile 316.266 Menschen (Stand: Dez. 2004) auf unterstützende Leistungen des Staates angewiesen, das sind 4 % der Bevölkerung. Der höchste Stand seit 1999. Rund 55 % davon sind weiblich. Der Altersdurchschnitt liegt bei 26,4 Jahren. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Kinderarmut, die sich zum dritten Mal in Folge verschärft hat. 111.711 Kinder unter 15 Jahren lebten von Sozialhilfe, 8,8 % aller Kinder dieser Altersgruppe. Insgesamt sind also rund ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger Kinder (deutschlandweit 1,1 Mio. Kinder). Dies liegt unter anderem an dem hohen Prozentsatz der Alleinerziehenden. 40,7 % der Ein-Eltern-Haushalte sind arm.

Rund 60 % haben die Sozialhilfe bereits länger als 1 Jahr und rund 40 % länger als 2 Jahre bezogen. Für die wenigsten von ihnen besteht die Aussicht, ihren Lebensunterhalt in absehbarer Zeit selbst zu bestreiten. Die betroffenen 140.000 Haushalte in Niedersachsen bekamen im Durchschnitt 408 Euro pro Monat ausgezahlt. Einschließlich einmalig gezahlter Leistungen musste das Land 2004 für die Unterstützung mehr als 1 Milliarde Euro aufbringen.



## Private Vermögen und Erbschaften

Auf der einen Seite ist das Privatvermögen der Deutschen in den vergangenen 10 Jahren deutlich gestiegen. Nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim belief sich das durchschnittliche Nettovermögen privater Haushalte im Jahr 2003 auf rund 133.000 Euro. Das sei ein Anstieg um fast 26 % im Vergleich zu 1993. Westdeutsche Haushalte verfügen im Schnitt über Geld- und Immobilienvermögen von 149.000 Euro.

Gefördert wird dies durch das zahlreich vererbte Vermögen. 2005 gab es 970.000 Erbfälle, etwa je zur Hälfte Geld- und Immobilienvermögen. Das Gesamtvolumen der Erbmasse betrug in den Jahren 2001-2005 insgesamt 833,5 Mrd. Euro. Bis 2010 werden noch einmal 1.082,8 Mrd. Euro vererbt, bis 2015 weitere 1.469,8 Mrd. Euro.

Dass sich Reichtum vererbt, ist dabei nicht nur eine Metapher. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung belegte dies 2003 in einer Studie unter dem Titel „Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte“: „Haushalte mit hohem Einkommen sind nicht nur überdurchschnittlich oft Empfänger von Erbschaften oder Schenkungen, sie erben im Durchschnitt auch höhere Beträge: Beträgt die Erbschaft oder Schenkung eines Haushalts mit Haushaltsnettoeinkommen unter 3.835 Euro durchschnittlich 46.000 Euro, erben Haushalte mit Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.835 und 5.113 Euro durchschnittlich fast das Dreifache (knapp 130.000 Euro), bei einem Haushaltsnettoeinkommen ab 5.113 Euro beträgt die durchschnittliche Erbschaftshöhe mit fast 180.000 Euro nahezu das Vierfache.“

Laut handelswissen.de verfügten die Privathaushalte im Jahr 2005 über 4.240 Mrd. Euro Geldvermögen. Im Jahr 2002 betrugen die Verpflichtungen (Schulden) 1.522 Mrd. Euro.

## **Private Verschuldung**

Auf der anderen Seite wächst die Verschuldung der privaten Haushalte ebenso drastisch. 3,13 Millionen Privathaushalte gelten derzeit als überschuldet (1999: 2,77 Mio.). Überschuldung tritt ein, wenn das monatliche Einkommen nicht mehr ausreicht, um davon den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten und die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr bedient werden können!

Der Kreditbestand pro Privathaushalt summierte sich im Durchschnitt auf 26.660 Euro. Davon entfielen 20.350 Euro auf Wohnungsbaukredite und 6.310 Euro auf Privatkredite (zum Vergleich 2000: 23.755; 17.915; 5.840 Euro). 2004 betragen die Konsumentenkreditbestände 239,2 Mrd. Euro; die Kreditquote lag bei 17,1 %.

Der Deutsche Anwaltsverein geht von sechs Millionen BundesbürgerInnen aus, die als überschuldet zu bezeichnen sind, zudem bezahlten 1,5 Millionen Menschen ihre Verbindlichkeiten nur teilweise oder gar nicht. Ein Alarmsignal sei zudem die dramatisch um sich greifende Verschuldung junger Menschen: Zwölf Prozent der 13- bis 24-Jährigen haben Schulden - durchschnittlich 1.800 Euro, zumeist verursacht durch Konsumgüter wie die Handynutzung. 1995 lag die durchschnittliche Verschuldung der Betroffenen bei 50.000 DM bei den Konsumgütern und 120.000 DM bei den Hypothekenkrediten auf Wohneigentum.

## **Armutsbericht 2005**

Der Armutsbericht für die Bundesrepublik stellt für 2005 eine Armutsquote von 13,5 % der Bevölkerung fest. Das sind 1,4 % mehr als im Jahr 2001. Als „arm“ gilt der, dessen Einkommen unter der Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienstes von derzeit 1145 Euro liegt, also unter 572 Euro. Hauptbetroffene sind Arbeitslose (40,9 %), Allein Erzie-

hende (35,4 %), Migranten (24 %) sowie Allein Lebende (22,8 %). In den verschiedenen Altersgruppen sind besonders die 16-24-Jährigen mit 19,1 % betroffen, aber ebenso Kinder bis 15 Jahre mit 15 %. Jedes 7. Kind und jeder 5. Jugendliche gilt also als arm. Was das in einer Gesellschaft bedeutet, die sich vorrangig über Lifestyle definiert, lässt sich unschwer vorstellen. Auch gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. In Ostdeutschland lebt bedingt durch die Arbeitslosigkeit bereits jeder Fünfte unterhalb der Armutsgrenze. 41 % der Menschen sind dort direkt oder indirekt über ein Haushaltsmitglied von Arbeitslosigkeit betroffen.

Der Armutsbericht für die Bundesrepublik belegt, dass vor allem kinderreiche Bevölkerungsschichten immer stärker sozial abdriften. Zugleich wird von der Politik der eklatante Kindermangel in Deutschland beklagt.

Als „reich“ gilt, wer über mehr als das Doppelte des Durchschnittsverdienstes verfügt, also mehr als 2.290 Euro. Die Kluft zwischen arm und reich wird sich aller Voraussicht nach weiter verschärfen. In Niedersachsen beispielsweise stieg 2004 die Armutsquote von 13,7 auf 14,5 % (1,1 Mio. Personen), die Reichtumsquote von 5,3 auf 5,6 % (441.000 Personen). In Deutschland gehörten 10 Prozent der Haushalte 47 Prozent des Gesamtnettovermögens von 5 Billionen Euro, zwei Prozentpunkte mehr als im Jahr 1998. Der Anteil der unteren 50 Prozent aller Haushalte am Gesamtvermögen hat sich hingegen von 4,4 Prozent auf nun 4 Prozent verringert.

### **Bildungschancen**

"Soziale Ungleichheit ist eine Tatsache und in manchen Bereichen ist sie in den letzten Jahren gewachsen", heißt es auf der ersten Seite des Berichts. So sind beispielsweise die Bildungschancen von Kindern reicher Eltern deutlich höher. Diese haben dem Regierungsreport zufolge 7,4mal größere Möglichkeiten, ein Studium aufzunehmen, als Kinder

aus einem Elternhaus mit niedrigen sozialen Status.

Der Armutsbericht, erst der zweite seiner Art, weist noch auf eine andere Tatsache hin: Die Grenzen zwischen den Klassen und Schichten sind, zumindest von unten nach oben, äußerst undurchlässig. So schafft es ein Drittel der armen Haushalte auch nach Jahren nicht, seine Lage zu verbessern. Aus der Mittelklasse steigen ebenfalls nur ganz wenige in die Oberschicht auf.

### **Armut macht krank**

Die Diagnose ist eindeutig: „Arbeitslosigkeit macht arm, und Arbeitslosigkeit und Armut machen krank.“ Oder, wie Rudolf Henke, Vorsitzender des Ausschusses Gesundheitsförderung der Bundesärztekammer, eine alte Binsenweisheit zitiert: „Wenn du arm bist, musst du früher sterben“.

Eine auf dem Ärztetag in Berlin im Mai 2005 diskutierte Untersuchung zeigt, dass Arme eine bis zu sieben Jahre kürzere Lebenserwartung als Wohlhabende haben und ein mindestens doppelt so großes Risiko, ernsthaft krank zu werden. Selbst in der reichen Schweiz, stellte der Düsseldorfer Medizinsoziologe Johannes Siegrist fest, sterben einfache Arbeiter und Angestellte 4,4 Jahre früher als Männer in Führungspositionen. In Finnland sind es sieben Jahre, in Frankreich und Großbritannien nicht viel weniger. Besonders beunruhigend findet er, dass sich diese Schere in den vergangenen 15 Jahren weiter geöffnet hat.

Generell gilt: Je schlechter die soziale Lage, umso niedriger die Lebenserwartung und umso höher das Krankheitsrisiko. Der Keim dazu wird schon im Mutterleib gelegt. Bei Eltern aus niedrigen sozialen Schichten treten in der Schwangerschaft mehr Stoffwechselstörungen auf, die Kinder kommen mit Untergewicht zur Welt und werden im Schulalter zu dick. Benachteiligte Jugendliche neigen eher als reichere

Altersgenossen zu Fehlernährung, Rauchen und Alkoholkonsum.

Im mittleren Erwachsenenalter zeigt sich, dass der Herzinfarkt bei weitem keine Managerkrankheit mehr ist: Herzinfarkt und Depressionen kommen in den unteren Schichten häufiger vor als bei Wohlstuierten. Besorgt berichteten Ärzte auf dem Kongress, dass viele Patienten sich aus Angst um ihren Job vehement dagegen wehrten, krankgeschrieben zu werden.

Für ein erhöhtes Krankheitsrisiko sorgt auch eine ungünstige Wohnlage. Dabei spielt Siegrist zufolge nicht nur die Umweltbelastung in schlechten Wohngebieten eine Rolle, sondern auch ein Klima sozialer Spannungen in der Nachbarschaft.

Angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen und Immer mehr Menschen an der Armutsgrenze warnte denn der 108. Ärztetag auch nachdrücklich vor „gesundheitlich katastrophalen Folgen“ der Massenarbeitslosigkeit und forderte, der Beschäftigung Vorrang zu geben. Den Ärmsten der Armen, Obdachlosen und Heimpatienten, sollten Praxisgebühr und Zuzahlungen erlassen werden. Nach Schätzungen sind derzeit schon 300.000 Menschen ohne jede Krankenversicherung; vor zwei Jahren waren es erst 188.000. „Schon ein einziger Krankenhausaufenthalt kann für den Betroffenen den finanziellen Ruin bedeuten“, warnten die Delegierten des Ärztetags.

Zu diesen Menschen gehören vielfach die Wohnungslosen. In Deutschland gibt es 375.000 Menschen (Stand: 2003), die weder über Wohneigentum noch über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügen. Von ihnen leben rund 20.000 auf der Straße, darunter etwa 2.000 Frauen. Bereits vor Inkrafttreten der Gesundheitsreform waren rund 40 % der Hilfe Suchenden akut oder chronisch krank, aber nur 25 % in ärztlicher Behandlung. Durch die Einführung von Praxisgebühr und Zuzahlungen hat sich die Lage der Gesundheitsversorgung für die Wohnungslosen weiter verschlechtert (vgl. Tauwetter 2/2004 Zweiklassen-Medizin)

### **Politischer Neuanfang?**

Nach dem Misstrauensvotum des Deutschen Bundestages und der Zustimmung des Bundespräsidenten zu Neuwahlen ist der Kampf um die richtigen Konzepte voll entbrannt. SPD und Grüne setzen auf die Wirkung ihrer bisherigen Strategie der Agenda 2010, die Linken fordern Steuererhöhungen und eine Grundsicherung, die CDU will vor allem (Einkommens)Steuern senken, die Mehrwertsteuer erhöhen und die tariflichen Regelungen abbauen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft vor allem die sozial Schwächeren, von der Steuersenkung profitieren vorrangig die Besserverdienenden, wobei unklar ist, ob das eingesparte Geld tatsächlich in Konsumgüter und neue Arbeitsplätze investiert wird. Auch die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte ist ein zweifelhaftes Unterfangen, da beispielsweise in Ostdeutschland bereits heute 70 % aller Betriebe keinerlei tarifvertraglicher Regelungen unterliegen. Trotz bis zu 30 Prozent niedrigerer Löhne ist aber gerade hier die Arbeitslosigkeit am höchsten.

Insgesamt wird der Trend in Bezug auf die sozialen Leistungen (Krankenkasse, Rente) dahin gehen: weniger Aufwendungen des Staates und mehr private Vorsorge. Die Frage ist allerdings, wovon Menschen diesen Eigenbeitrag nehmen sollen, deren Einkommen gerade für die nötigste Grundversorgung reicht.

Der gesellschaftliche Diskurs über die Probleme einer sozialen Verteilungsgerechtigkeit dürfte hier noch zu mancherlei Spannungen und Veränderungen unserer Soziallandschaft führen.

# Der neoliberale Rausch

*Dr. Norbert Blüm*

Arbeit ist nicht nur Broterwerb. Nach christlichem Verständnis ist sie Teilhabe an der Schöpfung Gottes. Da alle Menschen Kinder Gottes sind, haben auch alle Menschen das Recht auf Arbeit. Mit seiner Hände und seines Kopfes Arbeit sich seinen Unterhalt zu verschaffen, kann durch kein noch so hohes Arbeitslosengeld wettgemacht werden. Arbeitslohn ist besser als Arbeitslosenunterstützung.

Der aktuelle Zustand der Welt ist die Annullierung dieses Schöpfungsauftrags. Fast eine Milliarde Menschen haben keine oder zu wenig Arbeit, andere erhalten einen Hungerlohn, von dem sie selbst und ihre Familien nicht leben können. In den gleichen Regionen, in denen 250 Millionen Kinder zur Arbeit gezwungen werden, sind 850 Millionen Erwachsene arbeitslos: Verrückte Welt!

Die Hälfte der Bezieher von Fürsorgeleistungen in den Vereinigten Staaten hat einen Job. Aber offenbar einen Job, der das Existenzminimum nicht sichert. In Deutschland sind wir dank „Hartz-Gesetzgebung“ bald auch so weit. Ein Lohnsystem, dessen Lohn nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, hat sich selbst demontiert. Wer zum Lohn noch staatlicher Unterstützung bedarf, handelt im Sinne des Systems rational, wenn er gar nicht arbeitet. Dann sichert die Fürsorge allein das Existenzminimum ab. Das ist auch nicht weniger, als die Aufstockung des Lohnes durch Fürsorgeleistungen bringt.

Das ist die eine Seite. Die andere ist ein Hinzuverdienst zur Sozialleistung, der das Existenzminimum übertrifft. Dieser bringt den Arbeitnehmer, der ohne Unterstützung aber mit niedrigem Lohn arbeitet, in die Versuchung, auf volle Erwerbsarbeit zu verzichten, denn er hat kein höheres Einkommen als der, welcher sich sein Einkommen aus der Kom-

bination von Fürsorgeleistung und Hinzuverdienst beschafft. Wie man es auch wendet: Lohnsubvention unterminiert Leistungsanreiz. Keine staatliche Hilfe kann den „anständigen“ Lohn kompensieren. Lohndumping für Lohnchaos.

Die „Ich-AG“ verschafft Steuer- und Sozialabgabenvorteile. Also liegt in der Logik der Ich-AG die Entlassung des Arbeitnehmers und Weiterbeschäftigung als Zulieferant zum einstigen Arbeitgeber. Die Umgehung von Steuer- und Abgabepflichten wird vom Staat honoriert. So ist beiden Seiten geholfen: Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das ist eine Form von staatlich erlaubter Schwarzarbeit. Der Arbeitslose geht dabei leer aus, und dem Staat fehlt Geld.

Wenn der Spitzensteuersatz gesenkt werden soll, bleibt nur die Kürzung der Sozialleistungen, um das Loch in der Staatskasse zu stoppen. Notfalls werden auch zusätzliche Beiträge erhoben.

Erkläre das, wem du willst, nur mit Gerechtigkeit haben die Art von Reformen gar nichts zu tun, und mehr Arbeit schaffen sie auch nicht.

Viele Menschen sind in Angst und Schrecken erstarrt. Sie geben kein Geld aus. Selbst wenn sie Geld haben, bunkern sie es. Wo aber keine Nachfrage ist, da gibt es auch kein Angebot.

Arbeitsplätze fehlen und selbst die größte Vermittlungsoffensive stößt ins Leere, wenn 300.000 offenen Stellen in Deutschland 4,3 Millionen Arbeitslose gegenüberstehen. Wo nichts ist, kann auch nichts vermittelt werden.

Der Bundesanstalt für Arbeit sollte durch private Arbeitsvermittlung Feuer unter dem Amtsstuhl gemacht werden. Es ist noch nicht einmal ein Kerzenlicht geworden, denn auch private Vermittler können nicht zaubern. Trotz kräftiger staatlicher Prämie sind die privaten Vermittlungsergebnisse mikroskopisch.



Wohin man schaut: Die Welt ist in einen neoliberalen Rausch gefallen. Hätte ich einen Papagei, ich müsste ihn nur drei Worte lehren, damit er das neoliberale Programm proklamiert: „Wettbewerb“, „Kostensenkung“, „Deregulierung“.

Der Prototyp des neoliberalen Arbeitnehmers ist der Tagelöhner. Heute hier – morgen da. Alles Beständige, Verlässliche und Stabile wird unterminiert und schließlich beseitigt. Das Arbeitsverhältnis wird befristet. Der Kündigungsschutz eliminiert. Was übrig bleibt, ist der Mensch als nackte Arbeitskraft. Betriebstreue, Loyalität, Identifikation mit dem Unternehmen: alles Ladenhüter von gestern.

Nach dem Rausch folgt der Kater. Weder Wohlstand noch Arbeit für alle hat der Kapitalismus geschaffen. Armut der einen und Reichtum der anderen nimmt zu.

Ich bin sicher, wir befinden uns in einer Zwischenphase. Der Sozialismus ist zusammengebrochen. Der Kapitalismus wird nicht an seine Stelle treten. Er wird mit ihm verschwinden. Die Kapitalisten wissen es nur noch nicht. Sie sind nur noch scheinlebendig.

Die Christliche Soziallehre erklärt die Arbeit für wichtiger als das Kapital (Laborem exercens). An der Würde eines jeden Menschen wird sich die neue Ordnung orientieren. Es ist ein kapitalistisches Missverständnis, den Menschen auf einen „homo oeconomicus“ zu reduzieren. Selbst Adam Smith, der Erzvater des Kapitalismus, wusste, was seine Erben vergessen haben, dass der Wettbewerb nur erträglich ist, wenn die Habgier der Menschen gezähmt wird. Smith empfahl dafür das Mitleid. Das Mitleid ist zu schwach, um Ordnung zu schaffen. Aber ohne Barmherzigkeit wird jede Gesellschaft zum Raubtiergehege. Doch versuche nicht, die Gerechtigkeit durch Barmherzigkeit zu ersetzen. Das wäre ein Fluchtversuch vor der sozialen Verantwortung.

Die Ordnung, die gesucht wird, muss der Doppelnatur des Menschen gerecht werden. Der Mensch ist zugleich Individuum und Sozial-

wesen. Die Gesellschaft ist außer Balance geraten. Es dominiert in der ordnungspolitischen Debatte der „Kosten-Nutzen-Maximierer“, was nur ein anderes Wort für Egoist ist.

Nie hatte die christliche Soziallehre mehr Chancen. Ihre großen Konkurrenten – Kapitalismus und Sozialismus – haben abgewirtschaftet. Die Ratlosigkeit und die Sehnsucht nach einer gerechten Ordnung steigt. Werden Christen ihren Kairos verpassen?

# Die Käuferin

*Bertold Brecht*

Ich bin eine alte Frau.

Als Deutschland erwacht war wurden die Unterstützungen gekürzt. Meine Kinder gaben mir ab und zu einen Groschen. Ich konnte aber fast nichts mehr kaufen. Die erste Zeit ging ich also seltener in die Läden, wo ich früher täglich gekauft hatte.

Aber eines Tages dachte ich nach, und dann ging ich doch wieder täglich zum Bäcker, zur Grünkramhändlerin, als alte Käuferin.

Sorgfältig wählte ich unter den Esswaren. Griff nicht mehr heraus als früher, doch auch nicht weniger. Legte die Brötchen zum Brot und den Lauch zum Kohl und erst wenn zusammengerechnet wurde, seufzte ich, wühlte mit meinen steifen Fingern in meinem Lederbeutelchen und gestand kopfschüttelnd, dass mein Geld nicht ausreichte, das Wenige zu bezahlen und ich verließ kopfschüttelnd den Laden, von allen Kunden gesehen.

Ich sagte mir, wenn wir alle, die wir Nichts haben nicht mehr erscheinen, wo das Essen ausliegt, könnte man meinen, wir brauchen nichts. Aber wenn wir kommen und nichts kaufen können, weiß man Bescheid.

# Frauenleben – Frauenarbeit im Zeitalter der Globalisierung

*Sigrid Häfner*

## 1. Anmerkungen zur „Lage der Nation“

Unbefangene Zeitgenossinnen könnten gegenwärtig zu dem Schluss kommen, in der Bundesrepublik Deutschland sei nun schließlich und endlich der frauenpolitische oder zumindest der familienpolitische Durchbruch gelungen. In allen Medien – auf den ersten Seiten und auf gefragten Sendeplätzen erscheinen entsprechende Themen: Teilzeitarbeit, Flexibilität, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ausweitung außerfamiliärer Kinderbetreuung, familienfreundlichere Rahmenbedingungen oder bessere materielle Absicherung von Familien.

Den Ausschlag für den ungeahnten Boom dieser Themen gab und gibt zweifellos die demografische Entwicklung. Seit Jahrzehnten hat Deutschland extrem niedrige Geburtenraten, der Netto-Bestand der Bevölkerung ist schon lange nicht mehr gesichert. Aber dieser Befund rückte erst ins allgemeine und vor allem politische Bewusstsein, seit klar ist, dass die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme gefährdet und eine stärkere Zuwanderung von Migrant\*innen nicht erwünscht ist. So rückt Familienpolitik vom Randthema in den Mittelpunkt – oder sollten wir ehrlicherweise von „Bevölkerungspolitik“ sprechen?

Bundeskanzler Schröder hat in seiner Rede auf der spektakulären Familienkonferenz am 13. April 2005 in Berlin gesagt, Familienfreund-

lichkeit habe sich „längst zu einem harten Wirtschaftsthema entwickelt.“ Das genau ist das Beunruhigende: Themen und Probleme gewinnen derzeit nur und erst dann Bedeutung und Seriosität, wenn ihre wirtschaftliche Relevanz belegt ist.

Gleichwohl denken die jungen Deutschen im gebär- und zeugungsfähigen Alter nicht daran, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Sie verweigern sich, scheinen verunsichert, ohne tragende Hoffnungen und Zukunftsperspektiven. Das permanente Reden von Reformen sowie die faktischen Veränderungen erschweren offensichtlich optimistische Lebensplanungen. Denn es geht schon lange nicht mehr um einzelne Reformen, um punktuelle Maßnahmen und Gesetzesänderungen. Es geht um nichts Geringeres als die Veränderung von Maßstäben und Mentalitäten, also um einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Gesellschaft und folgerichtig in der Politik.

Die gleichbleibend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere der steigende Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit, kann nach herrschender Meinung nur durch Wirtschaftswachstum, den vielbeschworenen Aufschwung abgebaut werden. Dieser wiederum setzt eine erhöhte Inlandsnachfrage, also gesteigerten Konsum von uns allen voraus. Ich meine, wir wären in dieser Diskussion schon einmal an einem anderen und sehr viel zukunftsreicheren Punkt angekommen. Vor genau dreißig Jahren erschien der Bericht des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“. Viele von uns waren und sind seitdem überzeugt, dass Wohlstandsgesellschaften wie die unsere einen Sättigungsgrad an Konsumgütern erreicht haben und eine wesentliche Steigerung des materiellen Konsums weder wünschenswert noch nach dem Gesetz des sinkenden Grenznutzens besonders befriedigend wäre. Es sei denn, bisher benachteiligte Schichten bekommen die Chance eines nachholenden oder aufholenden Konsums. Danach jedoch, also nach effektiver und nicht nur symbolischer Umverteilung von oben nach unten sieht es nun wahrlich nicht aus. Ganz im Gegenteil. Die Kluft zwischen Armen und Reichen in unserem Lande und weltweit verbreitert und verfestigt sich kontinuierlich.

Es ist hinlänglich bekannt, muss aber vielleicht doch noch einmal gesagt werden: Seit Bestehen der Bundesrepublik (West) hat es Umverteilung immer nur aus den Zuwächsen gegeben, es tat niemandem weh, weil niemand wirklich etwas abgeben musste, sondern nur nicht ganz so viel dazu bekam. Möglicherweise stehen wir zum ersten Mal in unserer Nachkriegsgeschichte vor der Herausforderung, die Ernsthaftigkeit unseres Sozialstaatsgebots beweisen zu müssen. Sofern wir soziale Gerechtigkeit als Anspruch nicht aufgeben wollen, werden wir ihr unter gegenwärtigen Bedingungen nur näher kommen, indem weite Teile der bisher Privilegierten tatsächlich sinkenden Wohlstand in Kauf nehmen.

Konsumenthaltung und Konsumerziehung waren einmal sozial-ethisch positiv besetzte Begriffe. Heute gelten sie im wörtlichen Sinne als „kontraproduktiv“, sofern sie überhaupt noch im Bewusstsein sind. Die Nachfragefixierung in Bezug auf mehr oder weniger kurzlebige Konsumgüter zur Lösung unserer tiefgreifenden Strukturprobleme am Arbeitsmarkt halte ich für falsch. Zudem ist es, soweit ich das Feld überblicke, keineswegs ausgemacht, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung mehr Arbeitsplätze bringt. Die EU-Ost-Erweiterung schafft zumindest vorübergehend neuen Wettbewerbsdruck. Vor allem aber ist das Rationalisierungspotential durch neue und neueste Technologien noch nicht ausgeschöpft. So fürchte ich, dass wir mit unseren Bemühungen um Abbau von Arbeitslosigkeit in Verbindung mit einem erhofften konjunkturellen Aufschwung einer Schimäre nachlaufen. Es muss gesagt werden: Die fetten Jahre sind vorbei!

Und dennoch besteht kein Anlass zu Resignation. In vielen Bereichen werden Erfolge kaum gewürdigt, geschweige denn, dass wir uns daran freuen. Umweltpolitisch steht Deutschland besser da, als manches vergleichbare Land. Der private Energieverbrauch ebenso wie die umweltschädlichen Emissionen sind bei uns im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern stetig gesunken. Die Deutschen haben ein Umweltbewusstsein entwickelt, das im internationalen Vergleich bemerkenswert ist.

Die private Vorsorge funktioniert, ebenfalls lange, bevor der Staat das zu seinem Thema machte. Die trotz wirtschaftlicher Stagnation anhaltend hohe Sparquote und die immensen privaten Geldvermögen heben sich deutlich ab von der gewaltigen Verschuldung der Privathaushalte, wie sie in den USA unter anhaltender bzw. steigender Konsumneigung zu verzeichnen ist. Wo steigender Konsum als entscheidendes Heilmittel gegen konjunkturelle Flauten betrachtet wird, mag man die Kaufzurückhaltung der Deutschen als „Angstsparen“ bezeichnen. Ich halte diese Sparsamkeit für höchst vernünftig in Zeiten schlecht kalkulierbarer Risiken.

Das Menetekel vom Ende des Generationenvertrages, vom Kampf „Jung gegen Alt“ oder umgekehrt wird zwar ständig beschworen, aber tagtäglich in den realen Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Kindern widerlegt. Es gibt sie durchaus, die Solidarität zwischen den Generationen, sei es in Form privater finanzieller Transfers, durch häusliche Pflege alter Menschen oder durch unzählige Stunden großelterlicher Kinderbetreuung, damit die Mütter dieser Kinder erwerbstätig sein können. Dieses festzuhalten schließt nicht aus, dass es zugleich wachsendes psycho-soziales Elend und beängstigende Vereinsamungen gibt.

Zum Schluss, will ich einen Blick auf den Zustand der Geschlechterverhältnisse werfen, sozusagen als Hintergrund, vor dem die Frage nach „Frauenleben und Frauenarbeit“ heute zu behandeln ist.

Deutschland hat nicht nur eine retardierte und schwierige Frauen- und Emanzipationsgeschichte, sondern auch eine Patriarchatsgeschichte von ausgeprägtem Beharrungsvermögen. Wir waren und sind – was Geschlechterverhältnisse angeht – nicht auf der Höhe der Zeit.

Mit Genugtuung und Stolz können wir dennoch heute sagen, dass Dank des Engagements vieler Frauengenerationen vor uns und vieler kämpferischer Zeitgenossinnen die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern weitestgehend verwirklicht ist. Was uns jetzt zu schaf-

fen macht, sind mittelbare oder indi- rekte Diskriminierungen, wie sie in vielen Regelwerken, z.B. auch im Bundesangestelltentarif (BAT) zu finden sind.

Die rechtlich formale Gleichstellung ist allerdings nur dann wirksam und nachhaltig, wenn sie durch ent-sprechende kollektive Überzeugungen getragen wird. Hier gibt es Defizite und das Phänomen der Gleich-zeitigkeit des Ungleichzeitigen. Nur so ist es zu erklären, dass es immer wieder Rückschläge gibt. Bisher hat jede wirtschaftliche Krise, insbesondere, wenn sie mit Arbeitslosigkeit verbunden war, Erreichtes in Frage gestellt. Zwar wird gegenwärtig niemand mehr umstandslos und direkt sagen, die Frauen sollen doch bitte ihre Arbeitsplätze zugunsten von Männern räumen, aber die Rahmenbedingungen sind und bleiben so, dass eine allgemeine, langfristige und geregelte Frauenerwerbsarbeit nicht wirklich zu unserem offiziellen gesellschaftlichen Konzept und Konsens gehört. So kommt es dann, dass sich die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hartnäckig auf der politisch-gesellschaftlichen Agenda hält, und das seit 40 Jahren! Dabei wird diese Frage als Frauenfrage definiert und nicht etwa als eine Frage, die beide Elternteile und die gesamte Gesellschaft angeht. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die Frauenerwerbsarbeit gilt, was in der feministischen Analyse zum geflügelten Wort wurde: Rhetorische Unterstützung bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.

## **2. Frauenleben – Frauenerwerbsarbeit im Zeitalter der Globalisierung**

Zunächst ist klarzustellen, dass es hier nicht um Frauenarbeit allgemein sondern um Frauenerwerbsarbeit gehen soll, also nicht um den riesigen Anteil privater und ehrenamtlicher Arbeit von Frauen, sondern um bezahlte Arbeit im „offiziellen“ Arbeitsmarkt. Das Thema soll mit Blick auf die Globalisierung behandelt werden, weil dieses die aktuelle Herausforderung ist, und weil dieser Blickwinkel einige zusätzliche Er-



kenntnisse verspricht. Zunächst wiederum Stichworte zum größeren Rahmen.

Einige der inzwischen hinlänglich bekannten Merkmale der Globalisierung sind:

- Weltweiter und weitgehend ungehinderter Kapitalfluss.
- Weltweiter und sich immer noch beschleunigender Informations- und Kommunikationsfluss.
- Weltweite Verknüpfung von Warenproduktion und der entsprechenden Arbeitsmärkte.
- Weltweite Deregulierung und Flexibilisierung von Produktions- und Lebensordnungen.
- Weltweite Öffnung, Liberalisierung und möglicherweise Demokratisierung von Gesellschaften.
- Weltweite Bildungsimpulse.
- Weltweite Optimierung der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen und möglicherweise Reduzierung der Armut auf der Welt.

Diese Liste ließe sich verlängern. Sie beschreibt Entwicklungen, die nach gegenwärtiger Erfahrung teils positiv, teils negativ und häufig ambivalent sind, d. h. sie können sowohl positive wie negative Wirkungen zeitigen, je nach der politischen Gestaltung und der Situation. Entscheidend für unsere wirtschaftliche und mentale Verfassung wird sein zu begreifen, dass Globalisierung kein Naturereignis ist, dem man oder frau sich nur resignierend ergeben kann. Globalisierung ist von Menschen gemacht, sie ist gestaltbar und folglich dringend von uns allen zu gestalten. Sie ist auch nicht etwas prinzipiell Neues. Vielmehr liegt sie in

der Logik marktorientierten Wirtschaftens und hat sich – wenn auch in kleineren Maßstäben - immer dann ereignet, wenn technische/technologische Revolutionen mit der Entdeckung und „Eroberung“ neuer Märkte einhergingen.

Was neu ist, ist der Wegfall jeglicher selbst auferlegter Beschränkungen nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Bis dahin hielt der „Wettkampf der Systeme“ die Wirtschaftsordnungen in dem Sinne unter Kontrolle, dass der „Kapitalismus“ seine soziale Seite immer wieder unter Beweis stellen musste. Das scheint nun nicht mehr notwendig zu sein.

Viele dieser Entwicklungen werden von betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wahrgenommen, ohne dass sie ihnen verständlich oder durchschaubar sind. Sie lösen diffuse Ängste und Sorgen aus, denn sie haben nicht selten konkrete Auswirkungen auf das individuelle Arbeitsleben. Der Verlust des Arbeitsplatzes und anschließende Arbeitslosigkeit bestimmen als Realität oder als Befürchtung das Leben von Unzähligen. Sie sind keine Ausnahmen mehr, sondern Bestandteil der Regel. Diese Ängste und Sorgen überlagern die Wahrnehmung positiver Entwicklungen, die es auch gibt, und die redlicherweise benannt werden müssen.

Für unser Thema ist ein Punkt vor allem relevant, und um den wird es im Folgenden gehen. Es ist die weltweite Deregulierung und Flexibilisierung von Produktions- und Lebensordnungen.

Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennet veröffentlichte 1998 ein Buch, das in deutscher Übersetzung im Jahre 2000 erschien und „Der flexible Mensch“ heißt. Er beschreibt und deutet darin den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel unter dem Stichwort Flexibilität. Der Titel der Originalausgabe lautet „The Corrosion of Character“, etwa zu übersetzen mit „Die Auflösung der Persönlichkeit“, also ein dramatischer Vorgang im Zusammenhang mit der Flexibilisierung. Ich folge Sennets Analyse weitgehend und übertrage sie auf unser

Thema.

Meine These ist, dass die durch die Globalisierung ausgelösten oder erzwungenen Verhaltensweisen und Verhaltensnormen die traditionellen und, wie ich meine, fundamentalen gesellschaftlichen und familialen Werte und Tugenden weitgehend aushöhlen, zumindest aber in einem permanenten Widerspruch zu ihnen stehen.

Heute über Vereinbarkeit von Beruf und Familie als einem Aspekt von Frauenleben nachzudenken, geht weit über das vergleichsweise schlichte Problem hinaus, wie sich beides denn zeitlich-organisatorisch auf einen Nenner bringen lässt. Die zahlenmäßige Ausweitung von Kita-Plätzen ist folglich auch eine eher vordergründige Antwort.

In unserem alltäglichen Frauenleben, sei es als erwerbstätige Single oder als erwerbstätige Familienfrau erfahren wir die globalen Trends sehr konkret als Zwang zu räumlicher Mobilität und zeitlicher Flexibilität bei gleichzeitigem Abbau fester Ordnungen und verlässlicher Regeln. Diese Entwicklung ist notwendig, wo es gilt, verkrustete Strukturen und festgefessenes Besitzstandsdenken aufzubrechen. Da sage auch ich: Nur zu, was sein muss, muss sein. Aber es passiert ja mehr als das.

Die persönliche Mobilität bedeutet für einzelne und Familien, jederzeit den Wohn- und Arbeitsort zu wechseln, je nach den Bedürfnissen des Arbeitgebers oder des Arbeitsmarktes. Transnationale Konzerne haben einen weltweiten Aktionsradius und brauchen moderne Nomaden und nicht sesshafte Ackerbürger. Es gibt die Armutsnomaden, Flüchtlingsströme auf der Suche nach einer existenzsichernden Lebensgrundlage. Und es gibt die Wohlstandsnomaden, wie die zur Industrie angewachsenen Touristenströme oder spezialisierte Fachleute und einflussreiche Führungskräfte, deren Arbeitsfeld auch die halbe Welt ist. Ich kenne eine Anwältin für internationales Patentrecht, für die es völlig normal ist, nur ausnahmsweise „zu Hause“ zu sein. Dazwischen gibt es jene, die wissen, dass sie wie geschehen, im Zweifel von Emden nach

Stuttgart pendeln müssen, um Arbeit zu haben. Was heißt unter solchen Bedingungen „zu Hause“? Was passiert mit Menschen und auch Unternehmen, die nicht mehr an einem bestimmbar Ort verwurzelt sind?

Beziehungen und insbesondere Familienbeziehungen brauchen neben vielem anderen eine räumliche Verortung. Sie gibt ein Gefühl der Zugehörigkeit, im besten Falle schafft sie ein Klima selbstverständlicher Solidarität und Verantwortlichkeit für das, was um einen herum geschieht. Gemeinsinn kann sich nur entwickeln, wo es ein Gemeinwesen gibt. Ich scheue mich nicht, in diesem Sinne von Heimat oder ganz schlicht von Nachbarschaft zu sprechen. Für die Entwicklung von Kindern ist diese Art räumlicher Verwurzelung unentbehrlich. Erst wenn sie einen für sie überschaubaren sicheren Standort haben, können sie sich aufmachen, die weitere Welt zu entdecken.

Erhöhte Mobilität mag in jungen Jahren interessant sein. Das wären dann die altbekannten Lehr- und Wanderjahre. Wenn es um die Gestaltung stabiler Beziehungen und langfristiger Verantwortung wie die Erziehung von Kindern geht, scheint mir eine verlässliche örtliche Verankerung wünschenswert, wenn nicht notwendig zu sein. Unser Kinderbetreuungs- und Schulwesen erwartet dieses auch und schafft bei-spielsweise bei einem Umzug in ein anderes Bundesland absurde Probleme.

Das Alter und die Versorgung im Alter sind gleichermaßen ortsgebunden. Soziales oder kulturelles Engagement von Unternehmen und Betrieben entwickelt sich übrigens auch am ehesten dort, wo sie in ein Gemeinwesen langfristig eingebunden sind.

Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten ist eine alte Forderung der Frauenbewegung und Frauenpolitik. Sie ist nicht zu verwechseln mit den keineswegs flexiblen Teilzeit – Jobs, die seit eh und je eine Frauendomäne sind (Reinigungsdienste, Einzelhandel, ambulante Pflege etc.). Die Forderung nach Flexibilisierung von Arbeitszeiten bezog sich auf

eine bessere Anpassung von Arbeitszeiten an die Erfordernisse von Familien, vor allem in Abhängigkeit von Kita-Öffnungszeiten und Schulunterricht. Was derzeit unter dem Stichwort Flexibilität diskutiert und praktiziert wird, hat mit dieser alten familienbezogenen Forderung wenig zu tun, auch wenn es gelegentlich so scheint. Verlangt wird die zeitliche Anpassung von Beschäftigten an den Rhythmus der Produktion und die Schwankungen der Konjunktur. Zeit soll möglichst überhaupt keine Rolle mehr spielen. Es gilt nur das hier und jetzt – just in time – in jeder Beziehung. Das gilt auch für die Lebensarbeitszeit. Mal wird sie mit staatlicher Hilfe drastisch verkürzt, bis zu dem Punkt, dass nur noch 34 % der Unternehmen ältere Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen beschäftigen, dann soll sie wieder bis zum 67. Lebensjahr verlängert werden, um die Sozialkassen zu entlasten. Bezugspunkt für die neue Flexibilität sind nicht individuelle oder familiäre Bedürfnisse, sondern die Anforderungen einer unter globalem Wettbewerb agierenden Wirtschaft.

Diese neue Art von zeitlicher Flexibilität ignoriert, dass sich Erfahrungen und Kenntnisse erst im Zeitablauf aufbauen. Sie weiß nichts mehr davon, dass auch Unternehmenskulturen von Traditionen leben, die eine gewisse Kontinuität in der Zeit voraussetzen und sie auch gewährleisten. Die zeitliche Flexibilität greift natürlich auf den privaten und familialen Raum über. Die Grenzen zwischen Werktagen und Sonn- und Feiertagen verschwimmen. Was für die Entwicklung von Kindern besonders wichtig ist, nämlich regelmäßige Rhythmen gerät ins Wanken. Der Zwang zur Schnelligkeit ignoriert, dass Wachstum und die Kumulation von Kenntnissen und Erfahrungen Zeit brauchen. Die unerlässlichen Tugenden im Umgang mit Kindern, nämlich Geduld und Rücksicht auf Langsame und Schwächere sind Anachronismen im Erwerbsleben. Wir möchten, dass unsere Kinder Verlässlichkeit und Verantwortungsbewusstsein lernen. Das setzt ein gewisses Maß an Kontinuität und Planbarkeit voraus und sicherlich die Erfahrung, dass derlei Tugenden auch in anderen Lebenssphären gelten.

Der Respekt vor dem Alter ist eine der Voraussetzungen für die Vermittlung von Werten und Normen von den älteren auf die jüngeren Generationen. Zugleich erleben diese jüngeren Generationen die zynische Abwertung von Alter und Erfahrung im Arbeitsleben z. T. am Beispiel ihrer eigenen Eltern.

Wir haben es nicht mehr nur mit einer zeitlichen Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun.

Wir haben es mit der neuen Herausforderung einer kulturellen Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun. Entsprechendes gilt für die Privatsphäre und persönlichen Beziehungen der wachsenden Zahl sogenannter Singles oder kinderloser Paare im Verhältnis zu ihren jeweiligen Arbeitswelten.

Nun ist die Trennung von Privat- und Familiensphäre auf der einen und der Arbeitswelt auf der anderen Seite im Prinzip nichts Neues. Sie gilt seit dem Ende der bäuerlich-handwerklichen Ordnungen. Seit dem Beginn der Industrialisierung, genauer mit der räumlichen Trennung von Arbeit und Privatleben hat es jeweils für beide Bereiche unterschiedliche Regeln und Normen gegeben. Ihre Trennung wurde – zumindest in der bürgerlichen Mittelschicht - bewusst vollzogen. Man überließ den nicht erwerbstätigen Müttern die Erziehung der Kinder, samt Vermittlung der familialen und im weiteren Sinne sozialen Werte und Normen. Die Väter mischten sich wenig ein und standen dann auch eher für öffentlich-politische Tugenden.

Verändert hat sich das mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit auch der nicht-proletarischen Mütter, mit der steigenden Bildung und dem Anspruch qualifizierter Frauen auf Berufstätigkeit als Teil ihres Lebenskonzeptes auf der einen Seite und mit dem schließlich und endlich nun doch stärker praktizierten Engagement von Vätern in der Erziehungs- und Familienarbeit auf der anderen Seite. Die sonst klar getrennten Sphären überschneiden und überlagern sich zunehmend für beide Elternteile sowohl zeitlich wie persönlich-mental. Zugleich

produzieren sie die eben beschriebenen Widersprüche. Diese haben das Zeug für milde Formen von Schizophrenie.

Ein letztes hier zu behandelndes Merkmal der globalen Flexibilisierung ist die bereits genannte Tendenz zur Deregulierung von festen Ordnungen und Strukturen. Soweit es sich um überbordende Bürokratie, um sich selbst genügende Regeln und Formalismen handelt, bin ich die erste, die für ihre ersatzlose Streichung plädiert. Aber auch hier geschieht ja mehr und anderes.

Unter dem Vorzeichen der Entbürokratisierung, „Verschlankung“ und wettbewerbsdienlichen Liberalisierung werden auch solche Regeln und Ordnungen angegriffen, die nach meinem Verständnis zum Bestand sozialstaatlicher Errungenschaften zählen. Das sind soziale, tarifliche und arbeitsrechtliche Standards, die bisher wesentlich den sozialen Frieden in diesem Lande garantiert haben, wie z. B. gleicher Lohn für gleiche, bzw. gleichwertige Arbeit, auch regional, Kündigungsschutz, Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Produktivitätsgewinnen und ähnliches. Die Gewerkschaften haben zwar nie die Rechte der Frauen als Arbeitnehmerinnen zu ihrem ersten Anliegen gemacht, jedoch haben Frauen letztlich auch immer davon profitiert, wenn die Gewerkschaften auf die Einhaltung und Verbesserung bestimmter Standards gedrungen haben.

Was die Gewerkschaften im Moment zu leisten hätten ist, dass sie den unverzichtbaren Kanon sozialer, tariflicher und arbeitsrechtlicher Standards unter den Bedingungen der Globalisierung neu definieren – und zwar so, dass sie nicht nach behäbiger Besitzstandswahrung anmuten, sondern auf breiter Basis nachvollziehbar sind. Vor allem aber müsste Gewerkschaftspolitik in gleichem Maße globalisiert werden wie es die Wirtschaft ist. Nur international gültige Standards verhindern Lohn Dumping und Abwanderung von Arbeitsplätzen. Vielleicht sollte eher von globaler Arbeitspolitik gesprochen werden, wie sie die ILO, die International Labour Organisation der UNO ansatzweise und durchaus eindrucksvoll praktiziert.

Insgesamt erleben wir derzeit eine „Feminisierung der Arbeitswelt“, allerdings in ihrer schlechteren Variante. Frauen waren und sind an diskontinuierliche Erwerbsbiografien gewohnt. Für sie sind Unterbrechungen, evtl. verbunden mit Arbeitslosigkeit, mehrfache Wechsel der Berufsfelder, Nach- und Anpassungsqualifizierungen, befristete Arbeitsverhältnisse, Beschäftigung unterhalb ihrer formalen Qualifikation und Teilzeitarbeit sowie Ausbeutung ihrer sozialen und kommunikativen Kompetenzen immer schon alltägliche Realität. Diese Realität hat nun die Geschlechtergrenze übersprungen. Es bleibt abzuwarten, ob daraus eine Solidarisierung oder ein verschärfter Wettbewerb zwischen den Geschlechtern folgt. Im Moment sieht es eher nach Letzterem aus.

Statt die vorhandenen durch Sozialisation, Berufs- und Alltagspraxis erworbenen sozialen und kommunikativen Kompetenzen von Frauen zu nutzen, geben insbesondere „leitende“ Männer viel Geld aus, um sich die sogenannten „soft skills“ oder auch „emotional intelligence“ durch Fortbildungen anzueignen. Das sollen sie auch gerne weiterhin tun, denn schaden kann es nicht. Aber sie haben diese Fähigkeiten ja nicht gerade eben erfunden. Klar ist immerhin, dass es ohne diese nicht mehr geht. Das versteckte Modernisierungscredo „lean and mean“ (schlank und gemein) trägt doch nicht allzu lange.

### **3. Sind wir noch zu retten?**

Zu den erstaunlichsten Phänomenen in der Diskussion um Arbeit und Arbeitslosigkeit gehört die partielle Blindheit von Wirtschaft und Politik gegenüber den vielfältigen ungenutzten Kompetenz-Reserven innerhalb der erwerbsfähigen weiblichen Bevölkerung, und das angesichts eines drohenden Fachkräfte-Mangels.

Es gilt, endlich die verborgenen weiblichen Kompetenz-Schätze zu heben und einzusetzen, zum individuellen Wohl der einzelnen Frau,



zum Nutzen der Betriebe bzw. Unternehmen und – last-not least – zum Wohle unseres Gemeinwesens.

Die strukturelle Benachteiligung aller sogenannten „Frauenberufe“, besser: der frauentypischen Arbeitsfelder ist bekannt und muss hier nicht erläutert werden. Wenn überhaupt haben diese Berufe unter den Bedingungen der Globalisierung eine wirkliche Chance. Es sind zum ganz überwiegenden Teil Dienstleistungsberufe, von denen wiederum ein beträchtlicher Teil sogenannte Humandienstleistungen, also personenbezogene Dienste sind. Zu denken ist an Betreuung, Erziehung, Bildung und Ausbildung, Beratung, soziale Arbeit, medizinische Versorgung sowie ambulante und stationäre Pflege, aber auch an private Haushaltshilfen. Diese Arbeitsplätze lassen sich nicht ins Ausland verlagern. Sie sind so gut wie gar nicht durch neue Technologien zu ersetzen oder auch nur zu rationalisieren. Der Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen steigt stetig, u. a. eine Folge der Überalterung unserer Gesellschaft. Im Bereich Erziehung, Bildung und Ausbildung sollte der Bedarf noch viel deutlicher artikuliert werden, vor allem auch von Eltern, falls der Pisa-Schock irgendeine Wirkung zeitigt. Der Einwand, dass eine Personalausweitung derzeit nicht zu finanzieren sei, wird reflexartig kommen. Ich bin dagegen der festen Überzeugung, dass z. B. im Gesamtsystem Gesundheitswesen genügend Geld vorhanden ist, und dass wir nach wie vor eine der reichsten Gesellschaften auf diesem Globus sind. Es ist und bleibt eine politische Entscheidung, wie wir unsere Ressourcen verteilen und einsetzen.

Die personenbezogenen Dienstleistungen sollten endlich als der Wachstumsfaktor schlechthin erkannt werden. Frauen können dieses Wachstum kraft ihrer fachlichen Kompetenzen entscheidend mitgestalten

Im Unterschied zu vielen finde ich die derzeitige kollektive Gebär- und Zeugungsverweigerung von Frauen und Männern nicht schockierend, beweist es doch, dass Kinder zu bekommen und aufzuziehen nicht selbstverständlich ist und unter beliebigen Bedingungen geschieht.

Andererseits bin ich davon überzeugt, dass das Geld nicht der entscheidende Faktor bei der Familienplanung ist. Wir wissen relativ wenig, was das generative Verhalten von Menschen beeinflusst.

Allerdings sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass die wachsende Zahl von Alleinlebenden und von Paaren ohne Kinder die Zukunft dieser Gesellschaft prägen wird. Die derzeitige subtile Diskriminierung sogenannter „Singles“ oder „DINKS“ (Double Income No Kids) schadet uns allen. Es sind mehrheitlich nicht die gut verdienenden, auf ihre Karriere bedachten Hedonisten, die sich dem Kinderkriegern aus purem Egoismus entziehen, wie mitunter suggeriert wird. Meine Erfahrung sagt mir anderes. Es ist z.B. die alleinlebende engagierte Lehrerin, die für die nachwachsende Generation mehr tut, als manche Mutter. Es ist die junge Klinik-Ärztin, deren Beziehungen wegen der Dienstzeiten immer wieder in die Brüche gehen. Es ist die geschiedene Sekretärin, die neben ihrem Beruf ihre alte Mutter versorgt. Es ist die Sachbearbeiterin, die sich in ihrer Kirchengemeinde engagiert. Es ist die beruflich stark identifizierte Frau, die schlicht gute Arbeit leistet. Und es ist das berufstätige Paar, das vielleicht gerne Kinder hätte, aber keine bekommt. Sicherlich sind es auch etliche, die es unter den gegebenen Bedingungen nun tatsächlich nicht wollen.

Der zukünftige Zusammenhalt unserer Gesellschaft wird auch davon abhängen, dass wir nicht ausgrenzen und polarisieren. Dazu gehört, mit der verdeckten Abwertung erwerbstätiger Alleinlebender oder Kinderloser Schluss zu machen und deren je eigene Beiträge zum Gemeinwohl zu würdigen oder auch zu erbitten.

### **„Soziales Kapital“ pflegen**

Es war von der zukunftssträchtigen Rolle der personenbezogenen Dienstleistungen die Rede. Zugleich ist dieses der Sektor, in dem ein unglaublicher Verschleiß an persönlichen Ressourcen stattfindet. In die-

sen Berufsfeldern grassiert das „Burn-Out-Syndrom“, ursprünglich vorhandene hohe Motivationen werden nicht gepflegt sondern frustriert, erbarmungslose Konkurrenz zerstört das Arbeits- und Betriebsklima. Nicht ohne Grund steigen die Zahlen der Mobbing-Fälle.

Die Angst vor Arbeitslosigkeit deformiert den Charakter. Der Mut zum aufrechten Gang, die Zivilcourage gegenüber Vorgesetzten, die aktive Solidarität mit Kolleginnen und Kollegen nehmen ab. Auch in diesem Zusammenhang wäre Sennets Begriff von der Korrosion des Charakters zu verwenden. Zugleich werden institutionalisierte Interessenvertretungen wie Betriebs- und Personalräte oder Frauenbeauftragte in ihren Einflussmöglichkeiten zurückgedrängt oder gleich ganz abgeschafft.

### **Dennoch möchte ich Hoffungszeichen setzen!**

Die demografische Entwicklung, wiewohl seit Jahren voraussehbar, hat offenbar erst jetzt das allgemeine Bewusstsein erreicht. Vielleicht erleben wir ja doch noch die angemessene Wertschätzung von Familien und Familienarbeit. Und die Pisa-Studie ist ein heilsamer Realitäts-Schock. Jeder Veränderung zum Besseren muss die Erkenntnis der Realität vorausgehen.

Die durch die I- und K-Technologien ausgelöste Goldgräberstimmung und –mentalität wird nicht von Dauer sein. Keine Gesellschaft kann auf lange Sicht von ihrer Substanz leben. Das gilt sowohl für die Überschuldung der öffentlichen Haushalte wie für den skrupellosen Verbrauch unseres sozialen „Kapitals“. Ich sehe erste Anzeichen einer Klima-Veränderung. Seriöse Unternehmen bedauern inzwischen öffentlich, dass sie ihren gesamten Stamm älterer und erfahrener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis hin zu den Führungskräften hinaus gedrängt haben. Sie sprechen ohne Schnörkel von einem Fehler. Gute Unternehmen kennen die Bedeutung der „soft skills“, also der sozialen und kommunikativen Kompetenzen sowie einer überzeugenden Unter-

nehmens-Ethik.

Auch hoffe ich, dass sich eine ebenso schlichte wie entscheidende Erkenntnis durchsetzt: Die wichtigsten Voraussetzungen für Kreativität, Innovationsfreude und Risikobereitschaft, die permanent für unser Arbeits- und Wirtschaftsleben angemahnt werden, sind Angstfreiheit und Fehlerfreundlichkeit. Die Leitungen in den Unternehmen, Betrieben, Verwaltungen und Organisationen haben es in der Hand, ob sie ein solches Klima schaffen wollen.

Allerdings wird es bei der Erfahrung bleiben: Niemandem und zuallerletzt den Frauen wird etwas geschenkt. Wie schon öfter in der Geschichte geht es wieder darum, die politische und strukturelle Dimension der globalen Veränderungen zu erkennen und darauf politisch zu reagieren. Die uns allen ständig nahegelegte Individualisierung und Privatisierung der aktuellen Probleme führt uns dagegen immer tiefer in die Widersprüche.

Zur Autorin:

Sigrid Häfner, geb. 1937, Diplom-Sozialwirtin, geschieden, drei Kinder, 1974 bis 1986 Dozentin an der Ev. Fachhochschule, Hannover, 1987 bis 1991 erste Frauenbeauftragte der Stadt Göttingen, 1991 bis 2000 erste Frauenbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit 2000 freiberuflich tätig als Organisations- und Gender-Beraterin.

# Leben in den Zeiten von Hartz

*Dr. Thomas Münch*

Deutschland im Herbst 2005: Die Berichterstattung über die Folgen von Hartz IV – denn so wird das Wortungetüm „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ im Alltagsjargon benannt – lassen immer mehr erkennen, dass die Folgen nicht die sind, wie sie von Peter Hartz bis Gerhard Schröder immer wieder behauptet worden sind. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen überstieg im März 2005 die 5 Millionen Grenze, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass diese Zahl noch bis zum 31.12.2005 um 2 Millionen sinken wird. Und dies war die zentrale Botschaft von Peter Hartz und Gerhard Schröder: Die Arbeitslosenzahl wird durch Hartz I – IV halbiert werden!

Und es geht weiter: Die „Agentur für Arbeit“ – so heißen nach Hartz die ehemaligen Arbeitsämter – plant zentrale Bausteine der Hartz-Reform wie z.B. die „Personal-Service-Agenturen“ (PSA) oder die „Ich-AG“ abzuschaffen; denn auch hier treten die behaupteten Effekte nicht auf.

Und am 8. Oktober berichtet der „Kölner-Stadtanzeiger“ auf seiner Titelseite über Mehrausgaben und finanziellen Unregelmäßigkeiten der Kölner Agentur für Arbeit – Köln war durch sein „Modell“ die Blaupause für Hartz - in Höhe von geschätzten 80 Millionen Euro, aber auch darüber, dass die Staatsanwaltschaft Hannover Ermittlungen gegen Peter Hartz wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten bei Volkswagen eingeleitet hat. Und längst hat der Saarländer Hartz seinen Job bei VW verloren; die Kanzlerschaft Schröders wird gleichfalls in Kürze beendet sein.

Man könnte zur Tagesordnung übergehen und diese Unappetitlichkeiten, Fehlplanungen und Verschwendung öffentlicher Mittel einordnen in die Reihe der unübersehbaren bundesdeutschen Politikskandale. Man könnte auch erneut staunen über die Ignoranz, mit der die Rot-Grüne Bundesregierung die Analysen und Ratschläge der Arbeitsmarkt- und Politikforschung schlichtweg ignoriert hat. Und man könnte auch darüber staunen, wie leichtfertig sie den Experten der sog. Hartz-Kommission aus Unternehmen und Beratungsfirmen Kompetenz zum Umbau des bundesdeutschen Sozialstaates zugesprochen hat.

Denn die Wählerin und der Wähler haben bereits gesprochen: Eine solche „Konterreform“ wird in Deutschland nicht gewollt: Dieses Ergebnis der Bundestagswahl ist unumstritten und wird auch das Handeln der großen Koalition entscheidend prägen.

Doch in den vergangenen Monaten hat dieses „Großexperiment am Menschen“ reale Folgen für die betroffenen Arbeitslosen. Für ca. 70 % der ehemaligen Empfänger von Arbeitslosenhilfe bedeutet Hartz IV weniger oder überhaupt keine öffentlichen Leistungen mehr. Der ausbezahlte Regelsatz des Arbeitslosengeld II (ALG II) ist nach Meinung fast aller Experten aus den Verbänden zu niedrig, um ein menschenwürdiges Leben und damit Teilhabe zu ermöglichen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hält eine Anhebung von mindestens 18 Prozent für unumgänglich.

In den ersten Kommunen wurde bereits begonnen, den Betroffenen ihre Mietzahlungen nicht mehr in realer Höhe zu leisten: Sie seien zu hoch und ein Wechsel in eine andere, billigere Wohnung unumgänglich.

Angesparte Rücklagen fürs Alter mussten durch die Senkung der Vermögensfreigrenzen aufgebraucht werden, bevor überhaupt ALG II fließen konnte. Partnerschaften und Beziehungen gingen in die Brüche, weil das Einkommen der Partner plötzlich angerechnet wurde; für Kinder im Bafög-Bezug wurden keine Mietanteile mehr gezahlt – einer von

vielen handwerklichen Fehlern dieses „Reformwerkes“.

Hartz IV bedeutet in der Realität: Weniger Geld zum Leben, weniger Geld zur Teilhabe an dieser Gesellschaft und damit Ausschluss aus eben dieser Gesellschaft: Hartz IV ist Realität gewordenen Spaltung Deutschlands in Arme und Reiche.

Die ökonomischen und strukturellen Spaltungen des Landes – dem Arbeitsamtsbezirk mit 3% Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg steht ein Arbeitsamtsbezirk in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Quote von 30 % gegenüber – werden verschärft; die Schere zwischen Armut und Reichtum öffnet sich weiter – man lese hierzu die Sozialberichte der Bundesregierung und der Landesregierung NRW – und der Alltag in den Beratungsstellen für Arbeitslose lässt die soziale Kälte jeden Tag erneut deutlich werden.

Begründet wurde dieser „Großversuch am Menschen“ mit der Verbesserung der Vermittlungschancen für die betroffenen Arbeitssuchenden. „Fördern und Fordern“ sollte das neue Leitprinzip der neuen „Arbeitsgemeinschaften“ (ARGE) sein; „passgenaue Vermittlung“, „Eingliederungsverträge“, „Ich-AG“ und viele Wundergeschichten mehr sollten die Vermittlung in einen Arbeitsmarkt erleichtern und verbessern; einen Arbeitsmarkt indem 7 Millionen Arbeitsplätze fehlen.

So wundert es nicht, dass im deutschen Herbst vom „Fördern und Fordern“ nur das „Fordern“ übrig geblieben ist. Überforderte öffentliche Verwaltungen schaffen es gerade, dass die Arbeitssuchenden zumindest ihre Leistungen zum Lebensunterhalt erhalten. Täglich brechen die entsprechenden Computersysteme zusammen, die Bescheide sind massenhaft fehlerhaft, Ratsuchende suchen verzweifelt ihre Ansprechpartner in den Bürofluren – übrig bleiben Ratlosigkeit, tägliche Rechtsverstöße und eine Rückkehr zu einem patriarchalen Fürsorgestaat, den wir längst überwunden glaubten und übrig bleibt auch ein sozialdemokratischer Fachminister, der ohne Kenntnis der Dinge verantwortungslos über „Sozialmissbrauch“ schwadroniert.

Das Mitleid ist aus dem öffentlichen Raum verschwunden, der Sozialstaat soll nur noch „Teilhabegerechtigkeit“ und nicht mehr „Verteilungsgerechtigkeit“ herstellen und jede öffentliche Debatte wird vom ewig gleichen Mantra der „Senkung der Lohnnebenkosten“ und der „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ dominiert.

Dass immer weniger Menschen in immer weniger Zeit immer mehr Produkte herstellen; dass nicht die Lohnnebenkosten oder „Die Globalisierung“ die Krise bewirken, sondern der Produktivitätsfortschritt – dies findet keinen Niederschlag in der aktuellen Krise.

Deutschland im Herbst nach Hartz IV: Man erinnert sich an die Tage vor dem 9. November 1989, als Erich Honnecker den Siegeslauf des Sozialismus beschwor und die Menschen ignorierte, die wenige Stunden später die Mauer überrannten.

Wie lange wird diese deutsche Republik noch 5 Millionen Arbeitslose ignorieren?

Dr. Thomas Münch ist Sozialarbeiter und Erziehungswissenschaftler und arbeitet als Hochschullehrer.



# Erste Erfahrungen Betroffener und von SozialberaterInnen mit Hartz IV

*Rosi Herting*

Das Jahr 2004 wurde, zumindest für viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zum Jahr, als Hartz IV beschlossen und deren Umsetzung vorbereitet wurde. Ab 1. Januar 2005 war es so weit: Hier in Köln schlug für 53.683 Arbeitslose die Stunde Null. Seit diesem Zeitpunkt ist das neue Gesetz des Arbeitslosengeldes II (ALG II) in Kraft. Vorausgegangen war für die Arbeitslosen ein 16 Seiten starker Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II).

Mit Beginn des neuen Jahres, sprich des Inkrafttretens dieses neuen Gesetzes, fing für viele ALG II-Empfänger das „Spießbruten-Laufen“ an. Ein Teil der Anspruchsberechtigten hatte zwar rechtzeitig einen Bewilligungsbescheid bekommen, doch bei Unklarheiten war nur der schriftliche Beschwerdeweg möglich, da kein(e) konkrete(r) Ansprechpartner(in) genannt war. Die Menschen, die kein Geld überwiesen oder per Scheck bekommen haben, konnten sich zwar bei der Bundesagentur für Arbeit melden, aber nicht alle bekamen dann Geldleistungen, z.B. diejenigen nicht, bei denen, warum auch immer, Unklarheiten bestanden. Genau das „warum auch immer“, konnte jedoch nicht geklärt werden, da die Betroffenen nicht wussten, wer ihr(e) Ansprechpartner(in) war. So wurden sie, ebenso wie die Menschen, die gar keine Leistung erhielten, von einer Stelle zur anderen geschickt.

Viele ehemalige SozialhilfeempfängerInnen wurden zunächst zu ihrem bisher zuständigen Bezirkssozialamt, dann zur Bundesagentur

für Arbeit, zum Jobcenter und/oder zur neu gebildeten ARGE (Arbeitsgemeinschaft von Bundesagentur und Sozialamt) oder, wenn gar keine Unterlagen zu finden waren, zur ARGE in die Innenstadt, als zuständige Anlaufstelle für Neuanträge und wieder zurück geschickt und dies ohne Erfolg. Auch eine Unterstützung durch unsere Einrichtung blieb erfolglos, weil ein(e) zuständige(r) Sachbearbeiter(in) nicht zu ermitteln war. Häufig war die Ursache für Nichtzahlung der nicht mehr auffindbare oder nur unvollständig vorliegende Hartz IV-Antrag, obwohl dieser mit unserer Hilfe ausgefüllt und von den AntragstellerInnen fristgerecht eingereicht worden war. Erschwerend kam hinzu, dass die Betroffenen ohne Geld, sprich auch ohne gültigen Fahrausweis, unterwegs waren und auf Grund des „Winterchecks“ oft als Schwarzfahrer ermittelt wurden und somit noch ein erhöhtes Beförderungsgeld – wenn sie denn endlich Geld bekamen – entrichten mussten.

Wer ausreichend Geld zur Verfügung hat, kann sich kaum vorstellen, was es heißt, ohne Geld da zu stehen; nicht zu wissen, wie es weitergehen soll, wann die fällige Miete gezahlt werden kann und ob der Vermieter sich in Geduld übt oder eine Kündigung der Wohnung bei weiterer Verzögerung der Mietzahlung ankündigt. Viele der Betroffenen haben keinen Überziehungskredit, auf den sie zurückgreifen können. Wie sähe es für uns so genannte „Otto-Normal-Verbraucher“ aus, wenn wir nicht mehr oder weniger häufig auf einen solchen Kredit zurückgreifen könnten?

Gefordert wird seitens der ARGE ständig von den ALG II-EmpfängerInnen, von Fördern, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, kann jedoch nicht die Rede sein. Auch im Monat Mai wussten wir als Beratungseinrichtung nur in ganz bestimmten Einzelfällen, wer AnsprechpartnerIn bei der ARGE ist. Im Allgemeinen bleiben wir, wie die BezieherInnen selbst, im Dunkeln. Die Berechnungen bei ALG II sind sehr unterschiedlich und nur äußerst schwer nachvollziehbar, weil es z.B. an Begründungen für bestimmte Ablehnungen fehlt. Bei Unklarheiten besteht nur die Möglichkeit der einstweiligen Verfügung bzw. der Klage, damit Rechtsicherheit geschaffen wird. Bei ALG II-BezieherInnen werden Leistun-

gen aus dem SGB XII generell abgelehnt, obwohl, wenn entsprechend begründet, z.B. auch eine Haushaltshilfe zu genehmigen wäre. Bei dem Bezug einer teilmöblierten Wohnung werden dem ALG II-Bezieher monatlich 8 bis 10 Euro abgezogen, obwohl dies rechtlich kaum haltbar ist. Abzüge könnten bestenfalls nur bei der Einrichtungsbeihilfe erfolgen, aber nicht fortlaufend bei den monatlichen Bezügen.

Die Liste der Unklarheiten und Ungereimtheiten ließe sich noch endlos fortführen. Wichtig scheint mir, dass alles, egal was gewährt oder verweigert wird, immer den Menschen trifft und von daher nicht entschuldbar ist. Menschen die sowieso nur mit minimalen Mitteln ausgestattet sind, dürfen nicht noch für die Fehler der Politik herhalten!

Die Europäische Union hat 2001 eine maßgebliche Aussage zur „Armut“ verabschiedet. Das vom Rat und dem Parlament der EU verabschiedete Aktionsprogramm läuft unter der Bezeichnung „Zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“. Hierin wird die Entwicklung gemeinsamer Indikatoren zur Erfassung von Armut und Ausgrenzung beschlossen, vor allem eine verbindliche Definition einer Armutsgrenze. Aufgrund dieses gemeinsamen Indikators liegt die Armutsgrenze bei 60% des monatlichen Nettoäquivalenzeinkommens, sprich des monatlichen Pro-Kopf-Einkommens. Es gilt für einen Ein-Personen-Haushalt bzw. für die erste Person eines Mehr-Personen-Haushaltes. Jede weitere Person über 14 Jahren schlägt mit der Hälfte zu Buche, Kinder unter 14 Jahren mit 30 %. Um Verzerrungen zu vermeiden, werden jeweils die oberen und unteren 10 % der Scala nicht berücksichtigt.

2002 hat das Statistische Bundesamt für die alten Bundesländer ein Nettoäquivalenzeinkommen von 1.217 Euro und für die neuen Bundesländer von 1.008 Euro errechnet. Demnach lag 2002 die Armutsgrenze im Westen bei 730,20 Euro und im Osten bei 604,80 Euro. Auch wenn in der Öffentlichkeit von dieser Regelung kaum Notiz genommen wurde und die unterschiedlichsten Berechnungen zur Feststellung von Armut durch die Medien schwirren, arbeitet das Statistische Bundesamt

bereits mit der Definition der EU.

An dieser Stelle möchte ich die LeserInnen bitten, sich anhand ihres eigenen Lebensstiles vorzustellen, wie weit sie mit 730,20 Euro nach Abzug von Miete, Heizung, Wasser, Strom, Telefon, Fahrkarten für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr kommen. Lassen sich Rücklagen für einen vielleicht kleinen Urlaub bilden; ist ein Kinobesuch möglich; lässt sich ein Zeitungsabo finanzieren? Ich möchte die Überlegungen nicht vorweg nehmen, aber Zusatzausgaben sind nicht möglich. Dabei geht es den Menschen, die Geld nach der von der EU festgesetzten Armutsgrenze erhalten, noch besser als vielen Hartz IV-Betroffenen.

Für einen Hartz IV-Empfänger in Westdeutschland sieht die Rechnung zum Beispiel folgendermaßen aus: Regelleistung: 345 Euro plus 317 Euro Unterkunftskosten (diese 317 Euro werden in Musterrechnungen des Clement-Ministeriums als Durchschnitt für angemessene Wohnkosten eingesetzt), macht zusammen 662 Euro. Damit liegt der Betreffende 68,20 Euro unter der Armutsgrenze. Bei einer Bedarfsgemeinschaft von zwei Erwachsenen verläuft die Armutsgrenze bei 1.095,30 Euro (730 Euro für die erste Person und 365 Euro für die zweite). Demgegenüber kommen sie mit ALG II nur auf 1.035 Euro und liegen ebenfalls 60 Euro unter der Armutsgrenze. Berücksichtigt man, dass für Arbeitslosengeldempfänger, die nach ALG II wechseln, noch eine zeitlang abgedeckt werden, so wird es die chancenlosen Langzeitarbeitslosen über 50 Jahre besonders hart treffen.

Was ist mit der Argumentationsschiene, dass die ALG II-BezieherInnen ja hinzuverdienen können, und zwar bis zu 30 Stunden im Monat für 1 Euro, d.h. insgesamt 120 Euro. Damit kommt der Alleinstehende 1 Euro - jobbende Wessi auf 51,80 Euro über der Armutsgrenze. Soweit zu ALG II.

Aber was ist mit den bisherigen und zukünftigen Sozialhilfeempfängern? Bei dieser Personengruppe wird gerne von einem „Aufstieg“ durch Hartz IV gesprochen. Sie kommen jedoch nicht einmal in den

Genuss der 1 g-Jobs. Sie bleiben von Anfang an unter der Armutsgrenze. Aber selbst von einer relativen Verbesserung zu vorher kann nicht die Rede sein. Denn mit ALG II wird das Bedarfsdeckungsprinzip weitgehend aufgegeben, das vorher vielen Menschen ein Leben über der Armutsgrenze ermöglichte. Viele Sonderleistungen der ehemaligen Sozialhilfe, beispielsweise für Kleidung und Neuanschaffungen, entfallen jetzt. Sonderleistungen gibt es künftig nur noch in wenigen Fällen, wie etwa in der Schwangerschaft. Mit ALG II stürzt Rot-Grün zwei bis 3 Millionen Menschen in die staatlich verordnete Armut. An dieser Stelle sei mit Joschka Fischer gesagt: „Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen“. Immerhin kann hier festgestellt werden: Die Regierung unseres Landes zeigt Mumm gegen Sozialhilfeempfänger.

Arm werden bzw. arm bleiben dank HARTZ IV! Durch Hartz IV ist Armut staatlich beschlossen! - Dies ist keine Polemik. Eine solche Aussage lässt sich – wie oben gezeigt – durch Zahlen belegen. Als im Herbst 2004 Protestdemonstrationen gegen Hartz IV organisiert und durchgeführt wurden, hieß es von offizieller Seite: „Alles Polemik, Übertreibung. Armut per Gesetz gibt es in Deutschland nicht, vor allem nicht unter sozialdemokratischer Führung.“ - Die Zahlen sprechen da eine andere Sprache, sie bedürfen keiner Polemik.

# Sozialstaat – quo vadis?

## Ein Kommentar

*Br. Stefan Federbusch*

Keine Frage: Patentrezepte, wie es angesichts der wirtschaftlichen Gesamtsituation in Bezug auf den Sozialstaat weitergehen soll, hat keiner. Einige kritische Anmerkungen seien aber dennoch gestattet. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich das Etikett „soziale Gerechtigkeit“ auf ihre Fahnen geschrieben und wirbt für eine entsprechende Politik. Im Rückblick auf die letzten 7 Jahre lässt sich jedoch feststellen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich stetig verschärft.

Das TV-Magazin Monitor berichtete, dass 1997 Deutschland 510.000 Reiche mit einem Vermögen von über einer Million Euro zählte. Fünf Jahre später war diese Zahl unter der rot-grünen Bundesregierung auf über 775.000 angewachsen. Im Monitor-Beitrag nahm dazu Professor Dieter Eißel, ein Autor des Berichts Stellung: „Wir hatten im Jahr 1998 bereits eine erhebliche Differenz zwischen arm und reich. Allerdings muss man feststellen, dass diese Unterschiede zwischen oben und unten auch in dieser Regierung zugenommen haben. Das liegt vor allen Dingen daran, dass die Steuerpolitik zugunsten der Wohlhabenden, zugunsten der Vermögen, zugunsten der Gewinne reduziert wurde, während die Belastungen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und Lohnsteuerzahlern eben geblieben ist oder sogar noch erhöht wurde.“

Diese Politik der Umverteilung unter SPD und Grünen kommt auch in einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI) über die Einkommensverteilung in Deutschland

zum Ausdruck.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen befindet sich in einem langen, aber stetigen Abwärtstrend. Im Jahre 1960 lag die so genannte Nettolohnquote noch bei 55,8 Prozent. Inzwischen weist die Nettolohnquote am verfügbaren Volkseinkommen ein neues „Allzeittief“ auf, schreibt WSI-Autor Claus Schäfer. Sie beträgt unter 40 Prozent. Besonders stark sank sie dabei im letzten Jahr 2004. Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist hingegen stark gestiegen, auf einen Anteil am Gesamteinkommen in Höhe von 32,8 Prozent.

Das WSI zeigt in seinem Verteilungsbericht auf, wie die Steuerpolitik diese Umverteilung organisiert. 1991 standen in Deutschland einer Gewinnsumme von rund 185 Milliarden Euro bei allen Kapitalgesellschaften rund 22 Milliarden direkte Steuern gegenüber. 2003 erzielten die Unternehmen rund 300 Milliarden Euro Gewinn, mussten aber nur 16 Milliarden Euro Steuern zahlen.

Diese Zahlen zeigen, wie zweifelhaft die These ist, durch weitere Steuererleichterungen die (Groß)Unternehmen und Großverdiener zu entlasten, da deren Steueraufkommen sich ständig minimiert. Durch die geringere Nettolohnquote sinkt der Anteil der Steuerzahler weiter. Die Frage ist, woher dann der Staat seine Einkünfte beziehen soll.

Zusätzlich schröpft die Bundesregierung mit ihren Reformen bei den Sozialversicherungen - Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung - Arbeiter und ihre Familien. Versicherte werden zur Kasse gebeten, um die Unternehmen bei den Beiträgen zu entlasten.

Auch ist den Klagen der Unternehmen nach zu hohen Tarifabschlüssen mit Skepsis zu begegnen. Laut Statistischem Bundesamt sind im dritten Quartal 2004 die Löhne und Gehälter in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent gesunken. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind dagegen im gleichen Zeitraum um 10,3

Prozent gestiegen. Die Zahl der Leidtragenden, der schwächsten Glieder der Kette, der lohnabhängigen Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe ist seit 1991 von 14 auf 10,3 Mio. Menschen zurückgegangen, die Arbeitslosenzahl im gleichen Zeitraum von 2,6 auf 5,2 Mio. Menschen gestiegen. Die Löhne und Gehälter stiegen seit 1997 um 1,4 %, die Vorstandsbezüge deutscher Aktiengesellschaften um rund 90 %! Zumindest emotional ist für die meisten Bürger klar: Die da oben bereichern sich auf unsere Kosten; bekommen riesige Gehälter dafür, dass sie Hunderte, Tausende entlassen und noch Abfindungen hinterher, wenn die freundlich-feindliche Übernahme durch einen noch größeren Giganten vollzogen ist. Es ist die Gleichzeitigkeit von Rekordgewinnen und Rekordarbeitslosigkeit, Millionengehältern für Manager und Niedrigstlöhnen, die die Betroffenen verbittert und an Politikern und Wirtschaftlern (ver)zweifeln lässt.

Das WSI berichtet, dass die effektiven Lohnsteigerungen aller Beschäftigten nur noch halb so groß ausfallen wie die vereinbarten Tarifierhöhungen. Dies sei einerseits auf den Ausbau der Billiglohnjobs - der geringfügigen Teilzeitbeschäftigung - zurückzuführen, andererseits auf den Abbau von Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Anrechnung von Tarifierhöhungen auf übertarifliche Entgelte.

Die Union will nun weitere Steuersenkungen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dazu ein Rechenbeispiel: Der Eingangssteuersatz wurde von 16 auf 15 Prozent abgesenkt, der Spitzensteuersatz dagegen von 45 auf 42 Prozent (1998 betrug er noch 53 Prozent). Ein Einkommensmillionär erhalte - wenn er denn Steuern zahlen würde - gegenüber dem letzten Jahr 30.000 Euro mehr im Jahr oder 2.500 Euro im Monat. Dies ist ein Nettobetrag, von dem die meisten Arbeiter nur träumen können. Dem Staat steht dieses Geld nicht mehr zur Verfügung. Die Frage ist, was der Einkommensmillionär mit diesen 30.000 Euro tut. Vermutlich investiert er sie, beispielsweise in Aktien von Unternehmen, die durch den Abbau von Arbeitsplätzen ihre Gewinne weiter steigern. Das ist sein gutes Recht. Er gewinnt doppelt. Der Arbeiter hat da wenig Rechte. Er verliert doppelt: seinen Arbeitsplatz,



sein Einkommen und bekommt die Auskunft: Tut uns leid, der Staat hat kein Geld mehr.

Franz Müntefering hat mit seiner Kapitalismuskritik und der Rede von der „Heuschreckenplage“ den emotionalen Nerv und das Empfinden einer großen Zahl der Bundesbürger getroffen und auf eines der Grundprobleme einer neoliberalen Marktwirtschaft hingewiesen. Kritisch ist aber anzumerken, dass die bisherige Bundesregierung unter „Wirtschaftskanzler“ Schröder mit ihrer Politik diese Entwicklung wesentlich mitbestimmt und teilweise beschleunigt hat.

7 Jahre rot-grüne Politik sind in der Frage der sozialen Gerechtigkeit eher ein Armutszeugnis. Wie das Zeugnis der neuen Bundesregierung aussehen wird, lässt sich erst nach 4 Jahren beurteilen. In punkto „soziale Gerechtigkeit“ steht eher eine weitere Verschärfung der bereits bestehenden Kluft zwischen Arm und Reich zu befürchten.

# TAUWETTER

... eine franziskanische Zeitschrift

## 2001

- 1 AUSLÄNDERRECHTE – FRAUENRECHTE – MENSCHENRECHTE
- 2 CHANCEN UND GRENZEN DER GENTECHNIK AM MENSCHEN
- 3 AIDS – UND WIR?
- 4 BETHLEHEM 2001: ENGAGEMENT FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN  
NACH DEM 11. SEPTEMBER 2001

## 2002

- 1 AFGHANISTAN – DAS UNBEKANNTE LAND AM HINDUKUSCH
- 2 AFGHANISTAN – MEHR ALS 2 JAHRZEHNTE KRIEG
- 3 ISRAEL UND PALÄSTINA – EIN LAND UND ZWEI GERECHTIGKEITEN
- 4 EHRFURCHT VOR DER SCHÖPFUNG

## 2003

- 1 KRIEG - NIEDERLAGE DER MENSCHHEIT
- 2 INT. RAT DES FRANZISKANERORDENS FÜR GERECHTIGKEIT U. FRIEDEN
- 3 MIT EIGENSINN UND GOTTESGESPÜR: KLARA VON ASSISI
- 4 WASSER ALS LEBENSGUT

## 2004

- 1 MENSCHENWÜRDIG STERBEN
- 2 ZWEI KLASSEN MEDIZIN
- 3 GEWALTFREI
- 4 DER SUDAN - ZWISCHEN MACHTKAMPF UND VÖLKERMORD

## 2005

- 1 PAX AMERICANA
- 2 DER HERR GEBE DIR DEN FRIEDEN

Bestellung alter Ausgaben bei:

REDAKTION TAUWETTER, IMMERMANNSTRASSE 20,  
POSTFACH 240139, 40090 DÜSSELDORF.

## **Ganz nah dran**

*Dunkle Wolken zieh'n umher  
Die Hoffnungslosigkeit wiegt schwer  
Der kleine Vogel Zuversicht fliegt fort  
Der Wind hat sich gedreht im Land  
So viele Menschen steh'n am Rand  
Gerechtigkeit ist mehr als nur ein Wort*

*Ist der Weg auch weit  
Lasst uns gemeinsam streiten  
Heut' ist unsre Zeit  
Und wir sind bereit*

*Ganz nah dran - Hand in Hand  
Für ein sozial gerechtes Land  
Auf dass die Sonne wieder für uns alle scheint.*

*Bewegung heißt, nicht still zu steh'n  
Heißt laut und mutig weitergeh'n  
Klar und offen, liebevoll und frei  
Nicht vor Widerständen flieh'n  
Entschlossen Position bezieh'n  
Denn die Zeit des Schweigens ist vorbei*

*Fehlt's auch an Zuversicht  
Lasst uns gemeinsam streiten  
Auch wenn die Nacht anbricht  
Auf Dunkelheit folgt Licht!*

*Unsre Kräfte sind geballt:  
Frauen, Männer, Jung und Alt  
Chancengleich in eine neue Zeit  
Umverteilen, reformier'n  
Aber ohne zu verlier'n  
Wir wissen, dass es geht, wir sind soweit*

*Ist der Mut auch klein  
Lasst uns gemeinsam streiten  
Niemand bleibt allein  
Wir werden uns befrei'n!*

*Gemeinsam haben wir die Kraft  
Aufzubau'n, was Hoffnung schafft  
Zur Erneuerung ist es nie zu spät  
Wir geben unsrer Zukunft Raum  
Wir leben heut' schon unsern Traum  
Von kämpferischer Solidarität*

*Das Morgen fest im Blick  
Lasst uns gemeinsam streiten  
Wir schauen nicht zurück  
Denn vor uns liegt das Glück!*

*Ganz nah dran - Schrift für Schrift  
Auch unsre Sehnsucht die kommt mit  
Auf dass der Wille zur Veränderung uns eint.*

*(Dirk Schulte, Song zur KAB-Initiative ZASS –  
Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung)*